

Protokoll

Über die Konferenzsitzung des Landtages vom 25. April 1939
Anwesend alle Abgeordnete mit Ausnahme des Abg. Basil Vogt,
der durch den Stellvertretenden Abgeordneten Heinr. Brunhart
vertreten ist. Beginn der Sitzung um 9 Uhr.

Regierungsvertreter Reg. Chef Dr. Hoop

Schriftführer Gassner.

1. Stellungnahme zur Wahl der Regierungsräte.

Präsident: Ich rechne, dass von Seite der Parteileitungen die nötigen Erörderungen durchgeführt worden sind. Besonders möchte ich bemerken, dass Stimmen laut geworden sind, dass man den ständig amtierenden Regierungsrat aus Ersparnisrücksichten abbaue. Ich betone, dass, dass ich aus persönlichen Gründen keine Renitenz zeige. Diesbezüglich ist also hinsichtlich meiner Person keine Schonung am Platze. Bezüglich der Arbeit möchte ich darauf aufmerksam machen, bzw. ich glaube es wenigstens, dass man eines schönen Tages wieder wird dazukommen, denn Arbeit ist für die, welche da sind, genügend vorhanden. Aber ich möchte betonen, von meiner Person bestehen keine Schwierigkeiten, wenn man eine Aenderung der Sache wünscht. Wenn es meine Person betrifft, so werde ich ausscheiden aus der Diskussion und würde in diesem Falle den Bernh. Risch zur Sitzung bitten. Einen Wunsch hätte ich heute, dass man heute die Behörden besetzt unter Berücksichtigung der Zeitumstände, dass man ganze, zuverlässige und vernünftige Liechtensteiner vorschlägt. Es wird diese und jene Frage behandelt werden müssen, wo es auf die Lauterkeit und die Gesinnung der Bürger darauf ankommt.

Reg. Chef: Anknüpfend möchte ich folgendes erwähnen. Als bei der Parteienvereinbarung die Institution eines ständig amtierenden Regierungsrates geschaffen wurde, waren wir der Meinung, dass diese dritte Kraft nicht überflüssig sei. Ich habe früher darauf hingewiesen, dass ich die Verantwortung überhaupt nicht trage mehr kann, denn die Arbeiten haben sich derart vermehrt im Laufe der Jahre, dass zu einer Reorganisation der Regierung hätte geschritten werden müssen. Beim Bauamt, bei Gericht, bei der Kasse und anderwo 47

sind Neuanstellungen infolge der vermehrten Arbeit eingetreten und es wäre absolut zum Nachtheile des ordentlichen Geschäftsganges, wenn man nun hier eine Aenderung würde eintreten lassen. Der Umfang der landschäftlichen Arbeiten beansprucht einen guten Teil des Jahres die ganzen Nachmittage. Ueberdies ist es aus innen- und aussenpolitischen Gründen gänzlich unmöglich, eine Aenderung in der Regierung eintreten zu lassen. Eine solche würde sofort wieder Kommentaren rufen in der Presse, die sich nur zum grössten Schaden des Landes auswirken würden. Wenn eine Regierungsumbildung oder Ausscheidung von Regierungsgliedern kommt, so wird dies gedeutet, als ob eine Krisis usw. sei. Die Gelder wandern dann ab. Auf einen Artikel des Vaterlandes der letzten Zeit sind wieder einige Gesellschaften abgewandert. Vom Standpunkte der Regierung und der Innen- und Aussenpolitik aus müsste ich mich dagegen aussprechen, dass eine Aenderung in der gegenwärtigen Zusammensetzung vorgenommen wird.

Hoop: Die Bürgerpartei hat sich schon lange dafür ausgesprochen, dass sie die Regierung wieder gleich bestellt haben möchte. Sie will wieder den ständig amtierenden Regierungsrat. In letzter Stunde ist nun seitens der Union eine Eingabe gekommen, die die Wiederherstellung des verfassungsmässigen Zustandes im Auge hat. (die Eingabe wird verlesen). In dieser Sache ist mit um nicht gut reden, denn eine Regierungsumbildung bzw. eine Aenderung in der Regierung ist aus innen- und aussenpolitischen Gründen nicht gut möglich.

Präsident: Ich darf vielleicht Stellung nehmen. Als Begründung wird Sparsamkeit und Verfassungsmässigkeit angegeben. Die Verfassungsmässigkeit ist tatsächlich nicht gegeben. Wenn die Sache an der Form mangelt, so ist das eine Sache und es wäre dann zu prüfen, ob diese Sache als solche korrigiert werden muss. Nicht verfassungsmässig ist auch die Vereinigung verschiedener Aemter, in auf meiner Person konzentriert sind. Was die Sparsamkeitsgründe betrifft, so ist es am Platze, wenn gespart wird. Ich muss aber darauf aufmerksam machen, dass da und dort gewisse Funktionen anderen übergeben werden müssen und so kommt es dann auch teuer. Ich bin fest

überzeugt, wenn man heute einen anstellen und die ganze Funktion des Schulkommissärs ihm überträgt, so ist er nicht imstande, diese Funktion mit Frs. 1000.- zu machen. Es wäre sogar sehr wünschbar, wenn man für diese Sache noch mehr Zeit hätte.

Dr. Schädler: Es werden immer dieselben Einwände erhoben, die m.E. nicht begründet sind. Es wird darauf hingewiesen, dass die gegenwärtige Zusammensetzung der Regierung notwendig ist und dass jede Aenderung eine Schwierigkeit bringen würde, die gefährlich werden könnte. Diese Auffassung habe ich auch und diese wird von der gesamten Partei geteilt. Durch den Vorschlag ist nicht vorgesehen, dass eine Aenderung in der Regierung erfolgt. Die Zusammensetzung kann trotzdem die gleiche bleiben. Nur die ständige Amtsführung eines Regierungsrates wird geändert. Durch diese Rückkehr zur verfassungsmässigen Amtsführung sehe ich keine Schwierigkeit darin, dass aussen- oder innenpolitische Schwierigkeiten entstehen. Er kann auch als nichtständiger Regierungsrat gewisse Ressorts weiterführen. Im März 1938ⁿ wurde ausdrücklich betont, dass das Amt eines ständig amtierenden Regierungsrates unsererseits als Provisorium angenommen werden und dass der zukünftige Landtag sich neuerdings mit dieser Frage zu befassen habe. Es ist auch im Landesausschuss besprochen worden und ist als selbstverständlich angenommen worden, dass der Vorschlag der Bürgerpartei akzeptiert werde. Es ist dies weder ein politischer Schachzug noch ein persönlicher ~~Widerstand~~ Angriff. Wir haben das Bestreben, den Frieden zu festigen und alles zu tun, was dem förderlich ist. Die Funktion eines ständig amtierenden Regierungsrates geht über den Rahmen der Verfassung hinaus und es wird dies auch im Volke schwer kritisiert. Wir geben zu, dass das Arbeitspensum grösser geworden ist, glauben ~~aber~~ aber, dass es zwei machen können. Wir haben keine Veränderung in der Regierung angestrebt. Es ist unsererseits darauf hingewiesen worden, dass gewisse Einsparungen möglich wären und diese werden in der Öffentlichkeit allgemein erwartet.

Reg. Chef: Die Ausführungen des Dr. Schädler sind formell richtig. Aber es darf nicht übersehen werden, dass diese Veränderung in der Regierung d.H. die Ausscheidung des ständig amtierenden Regierungsrates eben doch als eine Aenderung angesehen wird. Die Regie-

zung verliert den Charakter, den sie bis jetzt gehabt hat. Ich glaube, dem Präs. Frommelt wird es nicht möglich sein, als Regierungsrat zu amtieren, wenn die die Stelle ständig ist. Was die Sparsamkeitsrücksichten betrifft, so muss betont werden, dass gerade durch ihn beim Bauamt und beim Postwesen bedeutende Einsparungen gemacht worden sind. Durch die Verhandlungen mit den Privaten und durch seine kontinuierliche Arbeit hat er viel eingespart. Der Standpunkt des Landestechnikers deckt sich mit meiner Ansicht. Ich glaube, diese Momente müssen auch berücksichtigt werden.

Präsident: Was die Ausführungen des Herrn Reg. Chef betrifft, so setze ich voraus, dass jeder, die diese Funktion übernimmt, auch hinter der Sache her ist. Darin würde ich die Schwierigkeit nicht finden. Was meine Person betrifft, so muss ich sagen, von der Luft kann ich nicht ~~leben~~ leben. Ich will eine Arbeit, wo ich auch eine Beschäftigung habe. Persönlich ist die ganze Sache sehr einfach. Ich bin diesbezüglich noch in jenen Jahren, wo ich mich verhältnismässig leicht unterbringe. Eine persönliche Rücksichtnahme ist nicht angezeigt, wenn man das Amt als solches nicht berücksichtigen will. Wenigstens ein normales Einkommen zum Leben muss vorhanden sein, ich habe für drei Personen zu sorgen und habe einige Schulden..

Risch Ferdi: Ich erinnere mich noch gut an die letzte Regierungsratswahl. Die Friedensbermittler sind gekommen und haben uns vorgeschlagen, dass dort der Dr. Schädler gesagt hat, es sei nicht verfassungsmässig und man müsse das nachholen. Nach meiner Ansicht hat der Landtagspräsident etwas unterlassen.

Präsident: Ich habe immer gesagt, dass ich nicht eine Verfassungs- oder Gesetzesänderung möchte wegen meiner persönlichen Stellung.

Dr. Schädler: Ich habe seinerzeit den Vorschlag gemacht, dass, wenn die Stellung eines ständig amtierenden Regierungsrates notwendig ist, sie auch verfassungsmässig sein soll. Was Risch meint, war der Fall beim Regierungschefstellvertreter. Wenn der Landtag der Auffassung ist, dass ein ständig amtierender Regierungsrat notwendig ist, dann muss das auch mit der Verfassung in Einklang gebracht

werden.

Präsident: Wenn diese Notwendigkeit aufscheinen würde, so würde ich den Vorschlag machen, dass man die Sache verfassungsmässig so ausbaut, dass die Regierungsräte wie die schweiz. Bundesräte festamtierende Stellen sind. Rein amtlich gesprochen, wäre das die sauberste Lösung. Ich habe mich seinerzeit gewehrt gegen eine Verfassungsänderung wenn sie aber schon sein soll, so soll man sie möglichst so vornehmen, dass es verantwortet werden kann, und die Lösung auch der Zukunft dient. Es wäre dies eine klare Linie gegenüber dem Bisherigen. Bis jetzt ist es mehr im Sinne einer persönlichen Note gemacht worden. Falls 3 notwendig erachtet würden, wäre das die ~~gerade~~ die geradeste Lösung.

Kindle: Wir sind voll und ganz einig mit den Ausführungen des Dr. Schädler. Wie müssen den verfassungsmässigen Zustand wieder herstellen. Es wird gesagt, 3 Regierungschefs sind notwendig. Bis 1938 waren es auch nur 2 und heute sagt man, es sei unbedingt notwendig. Wie ich die Sache gehört habe, wird man wenig Verständnis finden, wenn wir noch aufbauen. Es ruft dies im Volke immer einer Kritik und das sollte man nicht machen, dass das Volk unruhig wird. Wir sind einhellig auf dem Standpunkte, wie ihn Dr. Schädler vertreten hat und wir werden uns nicht anders belehren lassen, wenigstens meine Person nicht.

Dr. Schädler: Wie allgemein der Eindruck ist, so ist es der, dass auf beiden Parteilagen ein Standpunkt bezogen worden ist, dass heute wohl kaum eine Bereinigung stattfinden kann, weil beide Seiten feste Bindungen übernommen haben und es ist jedenfalls zweckmässig, wenn wir die Wahl der Regierung bis zu einer mündlich stattgefundenen ~~innerparteilichen~~ innerparteilichen Aussprache verschieben und uns dann später wieder zusammensetzen.

Präsident: Die Wahl der Regierung kann absolut vorgenommen werden. Es handelt sich nur um das ständige Amt eines Regierungsrates. Ich wäre sehr dafür, dass die Regierung bestellt würde, das ist die Anfangsfunktion des Landtages und es würde nach aussen kaum verstanden werden, wenn die ganze Geschichte auseinanderfährt.

Dr. Schädler: Wenn die Beibehaltung des ständigen Charakters nicht heraufbeschworen wird.

Hoop: Wir ziehen am falschen Band, wenn wir abbauen. Es gehen 100,000

Fr. in einer Nacht kaput. Es ist die Arbeit des Präsidenten bei Bodenauslösungen auch nicht eine beliebte. Ferner erweits er als Fachmann des Postwesens demselben grosse Dienste. Ich glaube, es ist ein grosser Teil im Volk, der sich mit diesem Abbau nicht einverstanden erklärt.

Beck Joh.: Wir sind grundsätzlich nicht gegen die Person, sondern gegen die Sache. Im Volke wird es auch nicht verstanden, dass wir 3 Regierungschef's haben, dort heisst es, einer könnte es machen. Gerade die Arbeiterschaft weiss, dass der Präsident vieles leistet.

Präsident: Es besteht die Alternative, entweder bin ich beschäftigt oder ich bin es nicht. Ich bestehe aber nicht darauf, dass es diese Arbeit sei.

Reg. Chef: Ich möchte den Abg. Hoop unterstützen. Ich habe betont, dass mit einem solchen Schritt dem Lande vielmehr entgeht, als mit der Bezahlung eines ständigen Reg. Rates. Ich bin so überzeugt, dass das Ausscheiden des Präs. Frommelt aus der Regierung und jede Aenderung von der Schweiz und der Presse misstrauisch betrachtet wird. Ich glaube, nach einigen Tagen den Beweis erbringen zu können, dass wir aus dem Ausfall viele Jahre hätten können einen Regierungsrat bezahlen. Ich habe mit Dr. Vogt auch darüber geredet und er war mit mir ganz einig, es dürfe keine Aenderung in der Regierung eintreten, das wäre der Anfang vom Ende. Darum bin ich ausserordentlich überrascht, dass in letzter Stunde ein diesbezüglicher Antrag kommt. Ich möchte dringend warnen davor.

Dr. Schädler: Man meint, dass wir eine Veränderung der Regierung wünschen. Wir haben davon nichts ausgesprochen. Ich sehe im ganzen Vorgang keine Gefahr, dass diese Aenderung herbeigeführt wird. Man weist darauf hin, dass durch den Entzug der Bezüge es dem Präsidenten nicht mehr möglich sei, sein Amt weiter zu bekleiden. Es wird darauf hingewiesen, wie enorm das Verdienst des Präsidenten auf dem Gebiete des Markenwesens sei. Das bestreitet niemand. Wir wissen aber alle, dass auf diesem Gebiete gerade heute noch Kräfte arbeiten, die einen ganz respektablen Lohn in Anspruch nehmen und ins Ausland mitnehmen und ich weiss, in dieser Frage ist keiner so im Bild und keiner hat die künstlerische Befähigung in dem Masse sich angeeignet,

~~Wiederholungszeichen~~
Präsident.

wie der Herr Präsident. So wäre auch da die Möglichkeit, den Ausfall, der auf der einen Seite ~~MMM~~ da ist, auf der anderen Seite hereinzubringen. Ich glaube, wenn man die Aufwendungen berücksichtigt, die die dort gemacht worden sind und dann die Funktion dieses Mannes, der ein tüchtiger Ratgeber gewesen ist, und die Bezüge desselben dem Berufensten zuführt, so hätte er mehr als nur die Möglichkeit zu leben. Auf der Seite, das ist meine persönliche Auffassung, könnte des Präsidenten/ eingespart werden und die Kraft/könnte erhalten bleiben.

Präsident: Es ist die Person, um die es sich handelt, vertraglich mit dem Lande festgelegt. Es besteht ein Uebereinkommen, das regierungsmässig erledigt worden ist. Er hat vorher und heute noch für die Marken mitgeschafft und hat früher die Sache ganz allein in Händen gehabt. Er ist Markenhändler und hat Ingerenz auf die Händler. Ich würde raten, vorsichtig zu sein und diese Person nicht abzustossen. Sicher ist, dass man einsparen könnte. Ob aber die Ersparnis gross ist, kann man bezweifeln. Briefmarken sind für uns das Objekt, das nur dann wertvoll ist, wenn viel verkauft werden. Wir dürfen diesen Handel nicht gefährden. Ich bin selber derjenige, der meint, dass man sparen muss und auch da. Der Mann ist in Lorch und durch die Ausstellungen etz. erwächst ihm viel Arbeit. Zum mindesten würde ich nicht dem Landtage empfehlen, positive Anträge zu machen. Wir dürfen nicht diesen Mann, der durch 20 Jahre sich mit der Sache befasst hat, einfach ausschiffen. Er hat in die Sache einen gewissen Einblick und Einsicht und eine Selbständigkeit erhalten. Ich würde diese Frage der Prüfung durch die Regierung überlassen. Der ganze Fragenkomplex ist keiner der Herren Abgeordneten bekannt und es wäre schwer, hier Beschlüsse zu fassen. Das ist ein Kapitel, wie das Steuerkapitel. Man kann manches nicht nach aussen behandeln. Ich würde, wenn schon etwas verlangt wird, den Antrag stellen, die Regierung mit der Prüfung des ganzen Fragenkomplexes zu betrauen, welche dann dem Landtage darüber Bericht zu erstatten hat. Mit der betr. Person muss aber Fühlung genommen werden.

Bühler: Ich gehe darin einig mit Dr. Schädler, dass wir es ohne diese Person aus Deutschland machen können. Die Kenntnisse des Präsidenten sind heute so, dass wir ohne dies Ausgabe ins Ausland auskommen

Ich würde es aber heute als grosse Gefahr betrachten, wenn diese Person heute abgebaut werden würde. Das Briefmarkengeschäft ist vom Verkaufe abhängig und wie ich mich habe belehren lassen, ist er als Händler ziemlich bedeutend, hält eine eigene Briefmarkenzeitung und Bemerkungen in dieser Zeitung können uns nützen oder schaden. Vielleicht können wir wieder einmal nach Deutschland Marken abstossen, dann würde das Markengeschäft einen viel grösseren Umfang annehmen. Wenn das eintreten würde, so wäre es vielleicht doch unklug, wenn man diese Person vor den Kopf stossen würde.

Kindle: Wie man hört, so soll der Betreffende ziemlich grosse Bezüge haben vom Land. Man könnte doch Verschiedenes von diesen Sachen im Lande machen und ihn doch nicht abstossen. Man soll nicht mehr alles hinausgeben und das Meiste hier machen.

Reg. Chef: Was dieses Kapitel anbelangt, so möchte ich auf folgendes hinweisen. Er ist ein derart geschickter Mann, dass es ihm gelungen ist, die Einnahmen des Landes ganz gewaltig zu steigern. Wir werden heuer wieder einen Rekkord haben, wie noch nie zuvor. Wenn man zurückdenkt, was in den ~~1910er~~ 1920er Jahren verkauft worden ist, so ist der heutige Verkauf eklatant. Es wäre hier am falschen Orte gespart, wenn man ihn abbauen würde. Er ist in Deutschland der Chef der ganzen Zunft der Händler.

Präsident: Hier ist nur möglich, nüchtern zu untersuchen, was man machen kann. Man kann diese Fragen ruhig mit ihm absprechen. An der Person würde ich vorläufig nicht rühren, aber vielleicht lassen sich Einsparungen erzielen. Es sind ein paar heikle Punkte, die man intern kennen muss. Ich bin fest überzeugt, wenn man einen anderen Mann hertut ans Postmuseum, so haben wir das andere Jahr die Reiberei wieder um einen anderen. Sicher ist der Landtag heute ohne jede Kenntnisnahme der Dinge nicht in der Lage, einen Beschluss zu fassen.

Dr. Schädler: Es ist die Person Sieger genannt worden. Es ist auch die Person, die ich gemeint habe. Ich möchte meine persönlichen Vorschläge nicht so weit ausdehnen, dass es sich zum Nachteile des Landes auswirken würde. Er wird sich nach wie vor als Ratgeber zur Seite stellen. Als Ratgeber in dringenden Fällen soll er beigezogen werden und er wird es machen. Aber die Frage, ob und wie Einsparungen gemacht werden können, die muss untersucht werden.

Reg. Chef: Ich glaube, die Untersuchung ist sehr bald abgeschlossen.

Es kann eingespart werden mit Markenaufkleben. Ich glaube nicht, dass man dem Präsidenten zumutet, dass er die Marken einklebt und die Arbeit der Mädchen des Sieger besorgt. Das ist etwas ganz Unbedeutendes, was ersetzt werden kann.

Dr. Schädler: Ich möchte die Sache nicht mit einer kurzen Geste abgetan haben wissen, sondern die Regierung ersuchen, einen ausführlichen und in die Details gehenden Bericht zu erstatten.

Was die Frage der Wahl der Reg. Räte betrifft, würde ich beantragen, die Wahl zu verschieben und die Sache zum Gegenstand neuen Besprechungen in den Parteien zu machen. Über den ständigen Charakter könnte nicht abgestimmt werden.

Präsident: Die Regierung müssen wir bilden, aber die Frage der ständigen Amtsführung kann später abgeklärt werden.

Risch Ferdi: Ich bin auch der Ansicht, dass wir heute wählen müssen. Es ist nicht ausgeschlossen, dass ein Kampf in der Öffentlichkeit losgeht und dadurch wird das Land wieder mehr Schaden erleiden. Zu etwas Anderem könnte ich mich nicht entschliessen.

Eug. Schädler: Ich bin auch der Ansicht, dass die Regierung gewählt werde. Was die Sache wegen des ständigen Reg. Rates betrifft, so ist von unserer Partei die Forderung gestellt worden, dass man hier nicht das geringste zurückgeht. Ich habe mir sagen lassen, dass diese Einrichtung nicht als Provisorium gedacht gewesen sei. Wenn die Sache nicht verfassungsmässig ist, so soll es so gemacht werden.

Sele: Ich glaube, dass es friedlich geschlichtet werden muss.

Reg. Chef: Ich bin auch dieser Meinung, aber nicht mit einem faulen Kompromiss. Ich halte es für ganz und gar unmöglich, dass der Präsident als amtierender Regierungsrat ausscheidet. Dieses Ausscheiden würde innenpolitisch ein Chaos herbeiführen und aussenpolitisch hat sie solche Nachwirkungen, dass ich in 8 Tagen vorweisen kann, dass man einen verhängnisvollen Irrtum gemacht hat. Wir müssen uns fragen, was ist das Klügere. Es kann eines Tages vielleicht gemacht werden, aber nicht im heutigen Zeitpunkt.

Kindle: Uns hat man immer gesagt, dass das nur ein Provisorium sei, bis der neue Landtag gewählt sei. Wir haben auch unseren Standpunkt und es geht nicht an, dass man sagt, wir müssen tun. Es wird ge-

sagt, es gebe Aufruhr im Lande, wenn das gemacht werde, Das Gämliche könnten wir auch sagen.

Dr. Schädler: Es entwickelt sich die Sache so, wie ich gedacht habe, darum möchte ich noch einmal den Antrag der Vertagung stellen. Es besteht auf Seite der Bürgerpartei eine gebundene Marschrute und auch wir sind nicht in der Lage, eine andere Stellung zu beziehen, als wie sie in der Eingabe erwähnt worden ist. Ich sehe daher heute keine Möglichkeit, zu einem Beschlusse zu kommen. Wir müssen die Sache zum Gegenstand neuer Beratungen in den Parteien machen. Es muss eine Lösung gefunden werden, die an und für sich gesund ist. Ich möchte zum vorneherein jeden Vorwurf abweisen, der an uns gerichtet ist, dass wir mit den Einnahmen des Landes spielen. Wir nehmen sie genau so ernst, wie jeder andere und weil wir es ernst nehmen, sind wir bereit zu jeder Handlung. Es geht nicht an, dass man auf der einen Seite einen bestimmten Standpunkt einnimmt. Ich sehe ein, wenn die Bürgerparteiabgeordneten den Auftrag haben, auf ihrem Standpunkte zu bleiben, so können sie heute nicht ohne weiters abschweifen. Ich möchte meine erste Anregung in den Vordergrund stellen, wir wählen heute die Regierung nur ohne Rücksicht auf den Charakter der ständigen Amtierung.

Bühler: Ich bin auch der Meinung, dass das Uebergangsstadium beendet sein soll. Man hat damals harte Knoten zu lösen gehabt. Wir sind über alles hinausgekommen und man hat die Befriedigung durchgeführt. Ich möchte feststellen, dass es auf beiden Seiten notwendig geworden ist, nachzugeben. Heute muss man sich den innerpolitischen Verhältnissen anpassen. Es hat auf beiden Seiten Leute, die sagen, die Person des Präsidenten muss in diesem Amte bleiben. Wir haben zu überlegen, was klüger ist. Ich halte es heute für klüger, wenn man den Leuten im Volke Rechnung trägt, die am Amte des Präsidenten festhalten. Ich möchte die Befriedung im Lande nicht gestört haben im heutigen Zeitpunkte und aussenpolitisch müssen wir der Selbständigkeit auch Rechnung tragen. Ich möchte der Union empfehlen, über das hinwegzugehen. Es gibt auch in der Union Kreise, die die Bürgerpartei in dieser Beziehung unterstützen.

Präsident: Die Lösung dieses gordischen Knoten würde einfach in meinen Händen liegen. Wenn nicht Verschiedenes vorausgegangen wäre,

würde ich ihn sehr einfach lösen. Aber durch das fühle ich mich verpflichtet. Hingegen das weiss ich und darf erwähnen, dass das zur heutigen Zeit weder der einen noch der anderen Partei zum Frieden dient. Mir hingegen verleidet es, dass immer wieder meine Person im Kampfe steht und es sich immer um mich dreht. Ich habe mich damals zur Verfügung gestellt. Ich bin jederzeit bereit gewesen und habe es immer ernstlich betont, dass ich jederzeit gerne gehe. Aber, wenn ich hier bei der Arbeit bin, so ist es auch keine Freude, wenn immer mit diesem Zeug hin und hergeschoben wird, wenn das immer das Politikum sein soll, um das es sich dreht. Morgen bin ich unter Dach, aber was entwickelt sich, sicher eine Streiterei. Wenn ich der Meinung wäre, dass die Sache ganz selbstverständlich ohne irgend etwas abgeht, dann würde ich sagen, machen wir diese Lösung. Ich erlaube auch, ganz ruhig über meine Person hinwegzuschreiten, daran hängt es nicht. Aber das eine müsst Ihr auch überlegen, wenn ich schon bei der Arbeit bin und sein soll, dann darf ich für mich auch etwas in Anspruch nehmen. Ich mache den Vorschlag, die Regierung zu bilden und diese Frage offen zu lassen. Dann haben wir die Möglichkeit, ruhig darüber zu verhandeln. Vielleicht könnte dann eine Angleichung an die Institution des schweiz. Bundesrates vorgenommen werden..

Risch Ferdi: Nachdem der Reg. Chef auf die Auswirkungen der finanziellen Einnahmen des Landes durch eine Regierungsausscheidung geschildert hat, so ist uns das Begründung genug, nicht daran zu rütteln. Wenn man sich nur an ein Paar Tausend Franken halten will, so muss ich für mich annehmen, dass doch ein anderer Hintergrund dahinter ist. Er soll ausscheiden aus der Regierung, weil man ihm der Gehalt entziehen will. Soweit ist ihm dadurch der Weg gewiesen, dass ersich um etwas Anderes umsehen müsste.

Hoop: Wenn man es zu dem kommen lässt, dann braucht man am nächsten Sonntag keine Versammlungen draussen, in 24 Stunden sind Stimmen laut zur Landtagsauflösung.

Dr. Schädler: Es ist merkwürdig, man kann Erklärungen abgeben, sie werden entstellt oder wenigstens wird ihnen die Bedeutung genommen. Es ist uns nicht daran gelegen, die Person des Präsidenten zu schädigen oder ein politisches Manöver zu inszenieren.

Ich habe doch betont, dass man seine Bezüge sichern kann durch die Markensache. Ich gebe zu, dass wenn wir uns nicht einigen können, der Friede im Lande gestört werden könnte. Man muss mit ehrlichem Willen zusammensitzen und über dieses Thema sprechen. Ich würde den Vorschlag des Präsidenten, die Regierung heute doch zu wählen und den Punkt der ständigen Amtsführung später zu regeln, unterstützen.

Sele: Ich möchte diese Ausführungen unterstützen. Es ist mir der scharfe Ton des Abg. Hoop aufgefallen. Wegen dieser Frage gibt es noch keine Auflösung des Landtages. Wer veranlasst dann die? Das kommt mir sonderbar vor. Ich habe das als Drohung empfunden. Dieser Punkt kann friedlich gelöst werden und nicht mit Leute aufhetzen in den Gemeinden. Ich schliesse mich dem Standpunkt des Abg. Bühler an, es ist nicht der Zeitpunkt, grosse Sachen zu machen, es ist eine gefährliche Zeit. Es sind Wege gekennzeichnet worden, die eingeschlagen werden können.

Hoop: Wir wollen ganz offen reden. Wir wollen sich vorstellen, was vor einem Monat war. Der Präsident hat sich eine grosse Menge Leute hinter seinen Rücken gesetzt. Wenn wir es deutsch sagen wollen, so steht es uns heute nicht an, wenn man ihm bei der ersten Sitzung will den Schuh in den Arsch geben. Ich erinnere an die Vorfälle in Schaan. Der Präsident hat sich hier Leute von beiden Parteien hinter den Rücken gestellt.

Präsident: Ich möchte bitten, persönliche Sachen nicht zu erwähnen, sonst müsste ich die Sitzung verlassen. Ich habe nie das Bestreben gehabt, Leute hinter meinen Rücken zu setzen. Ich wiederhole nochmals, wir dürfen es heute nicht verantworten, heute die Sitzung ohne eine Wahl abzuschliessen. Es ist leicht überbrückbar, wenn man sagt, dass man diese Frage noch offen lässt.

Risch Ferdi: Ich möchte den Herren der Union mitteilen, dass wir bereit sind, dass wir ihren Nominationen einstimmig zustimmen, aber das eine wollen wir, dass unser ständiger Reg. Rat sein Amt weiterführt, und auch bezahlt ist dafür. Dass er soll weggedrängt werden, das können wir nicht brauchen. Ich möchte ersuchen, dass Ihr einlenkt. Wenn Ihr Euch alles vor Augen führt, was begründet worden ist und mit was wir rechnen müssen, dürfte es Euch möglich sein. Wir haben

schon vielmals nachgeben müssen und haben müssen viel hören.
Aber in diesem einen Fall verlangen wir nun, dass Ihr uns einmal entgegenkommt.

Kindle: Wir reden nicht von Personen und wir wollen die Verfassungsmässigkeit aufrecht erhalten. Ihr müsst auch einsehen, was unsere Leute wollen und wir haben eine andere Ansicht und so muss man sich einigen auf einen Weg, der für beide gangbar ist.

Risch: Aber wir begründen unseren Standpunkt diesmal so, dass wir vor der Oeffentlichkeit Recht finden werden.

Präsident: Im Anfang ist das Argument des Sparens aufgestellt worden und das ist zülig und berechtigt. Wenn man schon das zweite nicht will, dann ist es irrelevant. Wenn man schon auf der einen Seite erklärt, dass es so zuviel kostet und auf der anderen Seite sagt man, es darf soviel kosten, aber es muss verfassungsmässig sein, das verträgt sich nicht ganz. Verwaltungsmässig würde ich in der Einführung des schweizerischen Systems einen gewissen Vorteil sehen. Dieser Gedanke ist vielleicht diskutabel, und sieht formell nicht unanständig aus. Im anderen Falle bitte ich, mir klaren Wein einzuschenken und zu sagen, so und so. Es ist noch manches verfassungswidrig. Die Betreuung der Schulangelegenheiten ist auch verfassungswidrig in der Form, in Gedanken insoweit nicht, dass die Herren erklärt haben, ich soll es machen. Ich habe den Stolz, entweder ich kann schaffen und man lässt mich arbeiten, oder aber nur das oder nur jenes machen, das liegt nicht in mir. Ich habe meine Studien und die Erfahrung nicht zu dem Zwecke gemacht, um mich von irgend einem hin und herschicken zu lassen, jetzt mach das so und das so. Ich darf mir schon eine Amtshandlung im Rahmen dessen, wie es ist, zumuten. Man hat Regelungen getroffen, von denen ich nicht möchte, dass sie gesetzlich verankert werden.

Schädler Eug.: Ich glaube, es lassen sich nicht grosse Einsparungen machen. Beim Bauamt muss die Sache vorbereitet und durchgeführt werden. Und wenn das Markengeschäft einen solchen Stand erreicht hat, glaube ich, sollte man nicht mehr kleinlich sein. Man kann hier nicht einsparen und man hat den falschen Finger verbunden.

Risch Ferdi: Es wird der Regierung noch mehr Arbeit aufgeladen werden müssen durch das Lawenawerk, wo ein Mitglied der Regierung den

Vorsitz führen muss.

Präsident: An der Arbeit fehlt es nicht. Wenn einer seine Pflicht tun will, so kommt er kaum herum. Die heutige Sache verlangt viel Aussendienst und Aussenverkehr. Es könnte lediglich noch im Personenverkehr eingespart werden. Es gibt heute Leute, die alle drei in Anspruch nehmen.

Eberle: Ich wäre der Ansicht, dass wir im Frieden und Einigkeit auseinandergehen sollen, sonst gefällt es mir nicht. Nur wegen ein paar Tausen Franken die Sache von einem Stuhl auf den anderen zu schieben, passt mir nicht.

Risch: Wir sind mit einem Friedenswillen in den Landtag gekommen und an etwas Derartiges haben wir nicht gedacht. Das berührt mich sehr peinlich.

Kindle: Wie allen bekannt ist, sind im März l. J. die Friedensverhandlungen geführt worden. Uns hat man dann gesagt, dass sei nur ein Provisorium und damit hat man sich abgefunden bis zur Neuwahl des Landtages. Die Leute die hinter uns stehen, haben ein ^{en} guten ~~guten~~ Glauben an ihr Recht. Wir müssen einen für beide Teile gangbaren Weg gehen.

Risch Ferdi: Ich bin nicht dabei gewesen bei den Friedensverhandlungen. Unsere Friedensvermittler haben viel nachgegeben, es ist viel gerüht worden. Das muss auch der Florian Kindle zugeben. Es ist eine schmutzige Waffe gewesen, mit der man gekämpft hat. So etwas hätte nicht sollen vorkommen. Mit einer derartigen Waffe hat man noch nie gekämpft. Man hat alles zugegeben. Aber dass man nun da wieder rottelt und dem Präsidenten den Leberunterhalt entziehen will, das übersteigt alles. Es hat alles einmal sein Ende, bis hieher und nicht weiter. Dass wieder so etwas vorliegt, hätte ich nicht gedacht. Ich sehe vor mir, was das für Folgen hat im Lande herum.

Kindle: Die Unterhändler haben gesehen, dass man etwas gibt, was uns gehört, Wir haben nichts Geschenktes wollen und wollen kein bisschen mehr.

Risch Ferdi: Ich verurteilte nur die Mittel, die benützt worden sind.

Beck Joh.: Die Frage der Besoldung lässt man einfach offen, das ist eine Mittellösung.

Risch: Wenn wir uns nicht einigen können auf unserer Ansicht, dann

wird es zu etwas kommen, was Hoop angetönt hat.

Hoop: Wir machen das nicht und gehen nicht für das arbeiten.

Sele: Risch Ferdi hat geagt, dass sie nachgegeben haben. Das ist eine gerechte Sache gewesen. Das will mir nicht in den Kopf hienein, dass man die Sache so gefährlich darstellt. Ich sehe keine Gefahr. ~~MMMMMM~~:

Kindle: Die einen sagen, es sei kein Provisorium und die anderen, es sei ein Provisorium. Wenn damals zugegeben worden ist, dass es kein Provisorium sei, dann stehen wir vor einer anderen Tatsache.

Präsident: Ich habe damals dem Landtage erklärt, dass sind die Forderungen, die für die friedlichen Vereinbarungen getroffen worden sind. Das ist das um und ab der Verhandlungen: 1. Die Regierungs-umbildung und die Landtagsneuwahlen nach dem Proporz. Man kann nicht hinterher mit noch einer Litanei kommen. Man hat damals im Sinne des Majorzes die ganze Hand geboten. Damals hat der Landtag in anständigster Weise gegeben. Man redet wieder von weiteren Punkten der Friedensverhandlungen. Durch diese zwei Punkte erachtete ich die Sache als erledigt. Es muss eine gewisse Klarheit in der Abgrenzung der Sache sein.

Eberle: Es hat geheissen, der Präsident Frommelt bleibe als ständiger Regierungsrat bestehen, weil er das Bauresort und die Briefmarken unter sich habe.

Präsident: Das Bauresort muss einer von der Regierung betrauen, der ständig in der Regierung ist, sonst gibt es ein ungesundes Verhältnis. Wenn man es schon betreuen will, so muss man auch die Möglichkeiten dazu schaffen.

Hoop: Gerade heute wurde von den Unterhändlern betont, dass das nicht wahr sei, dass das als ein Provisorium gedacht habe.

Kindle: Wenn das immer wieder behauptet wird, so soll das Protokoll her. Es sei ein Beschluss gefasst worden, dass es nur als Provisorium gelte.

Brunhart: Wir müssen heute die Regierung wählen und dann kan man später noch darüber reden.

Bühler: Ich stehe auf dem Standpunkte, dass wir eine Uebergangszeit gehabt haben und die Friedensverhandlungen sind ~~MMMMMM~~ 61 nicht berechtigt gewesen, Stellen zu schaffen und solche abzuschaffen.

~~Hantemantelwanda~~

Heute sind wir da, entweder diese Stelle zu schaffen, oder das Volk wirft die Sache auseinander. Die Friedensunterhändler haben keine Funktionen mehr. Ich möchte erklären, wenn wir so zur Bürgerpartei zurückmüssen, so fliegt etwas auf. Ob das im Interesse vom Land ist, möchte ich dahingestellt sein lassen.

Präsident: Ist dieser Punkt in den Friedensverhandlungen beschlossen oder nur besprochen worden?

Brunhart: Ich habe mir das nie anders vorgestellt, als dass es ein Provisorium sei. Diesen Punkt müssen wir offen lassen.

Präsident: Ich würde glauben, dass dieser Punkt Sache der Besprechung des heutigen Landtages ist, er geht die Friedensverhandlungen nichts mehr an.

Bühler: Es ist jetzt ein Jahr seither verstrichen. Ich glaube nicht, dass eine eindeutige Erklärung abgegeben worden ist, der Posten eines dauernd amtierenden Regierungsrates müsse auf alle Zeiten gewährleistet werden. An das glaube ich nicht und es ist auch das Gegenteil nicht gesagt worden. Die Friedensverhandlungen sind fertig und nun müssen wir anfangen mit einander. Wir sind parteimässig bestellte Abgeordnete und ich möchte jedem ans Herz legen, das was im Volke verwurzelt ist, nicht zu überspringen.

Oehri: Ich habe jetzt lange zugehört. Die einen ~~meinen~~ sagen das u. die anderen dies. Man droht schier und warnt. Wir werden nicht zurückgehen, entweder muss man die Wahl verschieben oder wie es der Präsident meint. Anders gibt es hier keine Möglichkeit.

Hasler: Mich hat das schwer befremdet, dass die Union so etwas verlangt. Ein Jahr hat man in Frieden gearbeitet und man hat viel zugegeben. Dass in der ersten Sitzung so etwas kommt, befremdet mich sehr. Ich kann es nicht verantworten, dass auf der einen Seite ein paar Franken eingespart und auf der anderen das zehnfache verloren gehen soll.

Sele: Das braucht niemand zu befremden, wir wollen nur den verfassungsmässigen Zustand.

Präsident: Wenn wir alle unsere Zustände auf die Verfassungsmässigkeit prüfen, dann müssen wir das ganze Gesetz, das Arbeitsprogramm des Landtages über den Haufen werfen. Auch der Landtag sitzt nicht verfassungsmässig. Früher war eine Frühjahrs- und eine Herbstsitzung. Es wäre manchens zu revidieren. Wenn nun die Verfassung irgendwie

entgegensteht, so kann man untersuchen, ob man den Zustand oder die Verfassung ändert. Verfassungsänderungen haben etwas Unangenehmes. Ich glaube, wenn Ihr heute anfängt und macht 3 Tage Sitzungen und prüft alle Einrichtungen auf die Verfassungsmässigkeit, dann müssen wir eine ziemlich umfassende Verfassungsänderung durchführen. Die Verhältnisse sind stärker als der Buchstabe. Ich würde empfehlen, nicht so leicht und so schnell die Verfassung zu ändern.

Kindle: Es ist gesagt worden, bei den Friedensverhandlungen sei man uns entgegengekommen. Ich kann nicht einsehen, dass die Bürgerpartei darunter gelitten hat. Ich sehe nicht ein, dass sie sich benachteiligt sehen würde. Dass sie von ihren Rechten hergegeben hat, könnte ich nicht finden.

Präsident: Das spricht von einer Unkenntnis der Beamten. Im Sinne einer proporzmassigen Auffassung stimmt das. Der Chef und der Stellvertreter sind in der Beamtung eins. Es ist ein ausserordentliches Vertrauen an eine Partei, dass man diesen Posten abtritt. Durch einen einzigen Beschluss kann man etwas machen, was die Arbeit von Monaten annulliert. Unter den damaligen Majorzverhältnissen war es ein Entgegenkommen.

Kindle: Ich glaube nicht, dass unser Vertreter in der Regierung etwas gemacht hat, das dem Lande geschadet hat. Sonst möchte man es uns mitteilen.

Präsident: Ich möchte hier nicht missverstanden werden, ich habe nie ein Misstrauen ausgesprochen.

Hoop: Anno 1926 hat unsere Partei auch die Forderung auf den Regierungschefstellvertreter gestellt, aber immer auch umsonst.

Reg. Chef: Ich habe mit dem Parteiohmann der Union und Dr. Vogt, wo auch Ferdi Risch dabei war, geredet und man hat gemeint, folgende Lösung ins Auge zu fassen:

- 1.) Die Regierungsräte und Regierungsratstellvertreter sollen unter Beibehaltung der bisherigen Art ihrer Amtsführung gewählt werden.
- 2.) Eine Eingabe der Fraktion der Vaterländischen Union über die Reorganisation der Regierung und deren verfassungsmässigen Verankerung soll bis zum 1. September 1939 vom Landtage nach vorgängiger Absprache in innerparteilichen Konferenzen geprüft werden.

Dr. Schädler: Unsere Ansicht ist, dass man zuerst in der Partei über diese Punkte berät.

Präsident:

Präsident: Nach meinem Dafürhalten ist man grundsätzlich mit der Regierungsbildung einverstanden. Mir persönlich wäre es angenehm zu wissen, woran. Alle Jahre 2-3 Mal herumgezogen zu werden, verleidet einem. Ich bin ja gerne bereit, auszuscheiden und ich möchte kein Hindernis bilden. Etwas anderes hingegen möchte ich noch abklären, ob das Provisorium nur ein Gesprächspunkt oder Beschluss-sache gewesen ist.

Dr. Schädler: Nachdem verschiedene Meinungen vorhanden sind, muss ich betonen, dass damals auf den provisorischen Charakter des ständig amtierenden Reg. Rates hingewiesen worden ist und dass die definitive Entscheidung über dieses Amt dem zukünftigen Landtage vorbehalten bleiben soll. An diese Einschränkung kann ich mich genau erinnern. Damals ist kein Widerspruch dagegen erhoben worden.

Reg. Chef: Ich halte es nicht für massgebend, was der einzelne für einen Eindruck gehabt hat bei den Friedensverhandlungen. Es heisst nun neuerdings prüfen, was fördert das Interesse des Landes und was ist gut. Meine Stellungnahme habe ich bekannt gegeben und ich könnte nie einer anderen Lösung zustimmen.

Präsident beantragt, dass die beiden Fraktionen über Mittag sich noch mit den Ausschüssen beraten und eine Einigung zu erzielen suchen.

Mittagspause.

Beginn der nachmittägigen Sitzung 1/4 4 Uhr.

Reg. Chef: Der Standpunkt der Union geht dahin, dass sie einverstanden wären mit der Formulierung, dass die Kommissionen und Gerichte so gewählt werden, dass das Verhältnis 8 zu 7 aufrecht bleibe und zwar der Gesamtzahl. In alle diese Kommission wären ca 45 Leute so zu wählen, dass sie 3x7 und wir 3x8 hätten. Ich habe diesen Standpunkt der Fraktion der Union dem Ausschusse der Bürgerpartei mitgeteilt und muss leider sagen, dass ich nicht auf Gegenliebe gestossen bin, sondern dass diese Verquickung in dieser strikten Form abgelehnt wird. Hingegen wären sie bereit zu erklären, dass die Besetzung der Kommissionen und Gerichte loyal durchgeführt werden soll. Ich möchte bitten, nachdem dies materiell gleich ist, hiemit sich einverstanden zu erklären. Am Schlusse kommt das geraus, was Ihr Euch als Ziel

Ziel gesetzt habt. Es ist mehr eine Prestigefrage, aber auch diese wird heute schwerwiegend angeschaut.

Dr. Schädler: Ich möchte erwidern, dass wir in der Form des ständig amtierenden Regierungsrates ein konkretes Zugeständnis gemacht haben, das mit Rücksicht auf die Stimmung in unserer Partei ausserordentlich schwer wiegt. Die Partei ist der Auffassung, dass es nicht mehr als recht und billig ist, eingegangene Versprechen auch in konkrete Formen zu kleiden. Wir möchten nicht der Bürgerpartei etwas abmarkten, sondern nur einen Rechtsanspruch zugestanden erhalten, der materiell bei den Friedensverhandlungen zugestanden worden ist. Diese Schwierigkeit unsererseits würde gemildert werden, wenn wir sagen können, dass bei dieser Aussprache das andere gesunde Formen angenommen hat. Ohne diese Rückendeckung können wir nicht weiter gehen.

Kindle: Aus diesen Erklärungen geht hervor, dass sie prinzipiell einverstanden sind, dass sie dies jedoch nicht protokollarisch festlegen wollen. Wenn man schon den Willen hat, zum Frieden machen, warum kann man das nicht festlegen, dass man nachher dann weiss, wie es steht. Ich möchte darauf beharren, dass man es protokollarisch festlegt.

Reg. Chef: Die Fraktion der Bürgerpartei erklärt, dass sie zu Punkt 6 der Vereinbarung vom 21. März hält und die Behörden und Kommissionen loyal zu bestellen bereit ist.

Dr. Vogt kommt zur Sitzung.

Präsident: Grundsätzlich ist man sich ja eins. Ich glaube, es wird nicht verlangt werden, dass jeder Präsident der Bürgerpartei angehört. Sobald die Vertrauensbasis geschaffen ist, wird man ohne weiters einig werden. Man soll verantwortlich sein für alles, was man tut. Die sachliche Ueberlegung sollte ausschlaggebend sein bei der Aufteilung der Kommissionen. Es kann nicht anders herauskommen, auch wenn das protokollarisch festgelegt ist.

Dr. Vogt: Es wäre festzustellen, was für Gerichte und Kommissionen fällig sind.

Dr. Schädler: Es ist damals so vereinbart worden, dass die Kommissionen bis zur Landtagsneuwahl noch weiter fungieren sollen, nachher wären sie neu zu bestellen.

Dr. Vogt:
mmmmmmmm

Dr. Vogt: Das Vertrauensverhältnis sollte da sein und die Ausarbeitung eines Gesetzes wäre zweckmässig, dass sämtliche Kommissionen mit der Amtsdauer des Landtages zusammenfallen.

Reg. Chef: Verschiedene Kommissionen haben eine gewisse Amtsdauer.

Risch Ferdi: Sämtliche Kommissionen auf die Dauer der Landtagsperiode zu wählen, habe ich nicht für gut. Es könnte in einem oder einem halben Jahre der Landtag abberufen werden und dann müssten sämtliche Kommissionen wieder gewählt werden. Das würde mir nicht passen.

Präsident: Es ist z. B. nicht zu empfehlen, dass die Sparkassekommission mit den politischen Zeitläufen zusammenfällt. Beim Lawenawerk könnte man das machen. Die Gerichte kann man auch nicht so zeitgemäss binden, da sie von der Parteipolitik getrennt sein sollen. Wenn wir den Proporz bis in die letzten Konsequenzen hinausziehen, so kommen wir zu Inkonsequenzen.

Dr. Vogt: Bei der Sparkasse würde ich eine Neuwahl nicht empfehlen. Anders ist dies bei der Verw. Beschwerdeinstanz.

Es wird sodann eine Liste der einzelnen Kommissionen und Gerichte aufgestellt.

Bühler: Im grossen und ganzen sind wir einig, es handelt sich nur noch um die Kardinalfrage, ob die Union sagt, wir geben nach und verlangen das und das. Es schmeckt der B. Partei nicht, dass an die Erledigung der Regierungsratswahl etwas daran geknüpft wird. In der praktischen Durchführung der Wahlen wird sich nichts ändern. Es wird von uns erklärt, dass in der praktischen Durchführung keine Änderung eintritt.

Dr. Schädler: Es ist auch der Wunsch geäussert worden, dass das Mehrheitsverhältnis zum Ausdruck kommt in einzelnen Kommissionen, die qualitativ auch etwas mehr wiegen. Das wäre z. B. beim Verwaltungsrat der Sparkasse, Staatsgerichtshof, Lawenawerk, wo bisher überall die B. Partei die Mehrheit hat. Ich möchte auch den Vorschlag machen, die Mehrheit des Verwaltungsrates des Lawenawerkes der Union zu geben und die Steuerkommission mehrheitlich mit Bürgerparteilern zu bestellen.

Hoop: Beim Lawenawerk wird die Sache unter Umständen ganz geändert.

Redaktor

Präsident: Aufgrund einer solchen zahlenmässigen Zusammenstellung würde sich eine Einigung erzielen lassen und man verpflichtet sich, auf Grund dieses Zahlenverhältnisses die Kommissionen zu bestellen. Ich würde mir über das Lawenawerk auch nicht den Kopf zerbrechen. Das Lawenawerk und die Steuerkommission würde ich im Grunde genommen bezgl. Wichtigkeit gleichstellen.

Bühler: Lassen wir das offen, Steuerkommission oder Lawenawerk.

Reg. Chef: Wir können es heute so machen, dass man heute grundsätzlich das Zahlenverhältnis 7 zu 8 festlegt und dass das Protokoll vom 21. März gewahrt bleibt. Wir können nicht die Gerichte und die Sparkassekommission augenblicklich neu wählen. Grundsätzlich besteht der gute Wille beiderseits, das steht ja fest.

Man einigt sich dann auf folgende Formulierung: "Es herrscht Einverständnis darüber, dass die Kommissionen und Gerichte, soweit sie vom Landtage zu bestellen sind, nach dem proportionalen Verhältnis 8 zu 7, ausgehend von der Gesamtzahl der nach parteimässigen Gesichtspunkten zu wählenden Mitglieder sämtlicher Kommissionen und Gerichte bestellt werden, wobei der Präsident der jeweiligen Kommission, soweit er nicht aufgrund des Gesetzes ex offio oder nach einer anderen Norm bestellt wird, von der Mehrheit der Kommission bestellt wird und auf die Bedeutung der einzelnen Kommissionen Rücksicht genommen wird."

Einbürgerungen Loewe und Ing. Wurmbrandt.

Der Landtag nimmt Kenntnis von den zwei Gesuchen und beschliesst mehrheitlich, das Gesuch des Loewe an die OV. Balzers weiterzuleiten mit dem Bemerkten, dass die normale Taxe also Frs. 62.500 für die Gemeinde, Fr. 31,250 für das Land, Fr. 1000.- Beschlussgebühren, Fr. 2000.- Steuer, Fr. 500000 Kautions und für den Fall der Wiederverehelichung Frs. 20,000 zu bezahlen habe. Ueberdies wolle auch der Fremdenpolizei in Bern von beiden Einbürgerungsfällen Kenntnis gegeben werden.

Der Fall Ing. Wurmbrandt wird noch zurückgestellt, da er die Regierung noch nicht passiert hat und das Gesuch erst vor 4 Tagen eingereicht worden ist. Auch für diesen Fall schlägt jedoch der Landtag eine Entrichtung einer Gebühr von Frs. 20,000 im Falle der Verehelichung vor.